

Gesellschaft via Koalition

Gewerkschaft zeigte Flagge gegen „ungerechtes“ Sparen

Auch in Reutlingen gab es am Samstag eine Demo gegen die Sparbeschlüsse der Bundesregierung. Rund 300 Verdi-Mitglieder forderten unter anderem „Köpfe“ für die ungeliebte Kopfpauschale.

Von Bernhard Haage



Die grünen Bundestagsabgeordneten Winfried Hermann und Beate Müller-Gemmeke (Zweiter und Dritte von links) demonstrierten mit Verdi. Bild: Haas

Reutlingen. Während sich die meisten Gäste der Reutlinger Innenstadt vor der langen Einkaufsnacht bei lauen Sommertemperaturen, mit Eis, Warmshoppen oder Flanieren beschäftigten, tagte im Haus der Volkshochschule die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (Verdi) – um in ihren 13 verschiedenen Fachbereichs- und Personengruppenversammlungen Vorstandswahlen abzuhalten.

Ein schwieriger Termin für engagierte Gewerkschafter – lockte doch ein paar Stunden vorher in Stuttgart eine kurzfristig angesetzte Großdemonstration des Deutschen Gewerkschaftsbundes unter dem Motto „Das nennt ihr gerecht?! Gerecht geht anders“ 20.000 Teilnehmer auf die Straße. Manche schafften es beide Veranstaltungen zu besuchen, aber auch die Hiergebliebenen mussten nicht auf ihren Protest verzichten.

Am späteren Nachmittag nämlich formierte sich vor der Reutlinger Volkshochschule ein Protestzug mit Plakaten und Transparenten, auf denen gegen die Kopfpauschale im Gesundheitswesen und die Rente mit 67, für kostenlose und gute Bildung und für handlungsfähige Kommunen Stellung bezogen wurde.

Bei der anschließenden Kundgebung auf dem Marktplatz forderte der Reutlinger Verdi-Bezirksgeschäftsführer Martin Gross „endlich eine Vermögenssteuer“, bevor dessen Landeschefin Leni Breymaier einen Stopp der „jahrzehntelangen Umverteilung“ beschwor. Anstelle von Streichungen beim Heizkostenzuschuss von Hartz IV-Empfängern setzt sie sich für „ein Konjunkturpaket mit Investitionen in Umwelt, Bildung und Gesundheit“ ein. Was das Sparen betrifft: Alleine die Erhöhung des Höchststeuersatzes könnte Breymaiers Überzeugung nach dem Bund 70 Milliarden Euro einbringen.

Reutlingens grüne Bundestagsabgeordnete Beate Müller-Gemmeke, die, genau wie ihre Vorrednerin, auch schon in Stuttgart dabei war, wandte sich im Anschluss vor allem gegen die „unsolidarische Gesundheitspolitik“. So würde alleine der Sozialausgleich für die Kopfpauschale, wie es das „Material von Herrn Schäuble“ belege, 25 bis 35 Milliarden Euro kosten und wäre nicht finanzierbar. Müller-Gemmeke kritisierte, dass der Arbeitgeberanteil an den Sozialversicherungsabgaben eingefroren werden soll, während die „Zusatzbeiträge weiterentwickelt“ werden.

„Das Sparpaket ist eine brüllende Ungerechtigkeit“, bilanzierte die Grüne und diene „nicht dem Zusammenhalt der Gesellschaft, sondern dem Zusammenhalt der Koalition“. Zum Abschluss

versenkten zwei Mitglieder der Verdi-Jugend „Kopfpauschale“, „Rente mit 67“ und „Ausbildung ohne Übernahme“ im Rathausbrunnen, was ihnen außer Applaus auch ein erfrischendes Vollbad einbrachte.